



Der Weg in die Freiheit

VOM 17. JUNI 1953 BIS ZUR
FRIEDLICHEN REVOLUTION 1989



Gefördert durch:

Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

BUNDESTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 Der Weg in die Freiheit
- 6 Kampf um die Freiheit in der Welt
- 8 17. Juni 1953
- 10 Wie kam es zum Volksaufstand?
- 12 Beteiligung von Jugendlichen und Frauen
- 14 Strafverfolgungen und Propaganda
- 16 Die Friedliche Revolution 1989
- 18 Deutsche Einheit und Europa
- 20 Angebot für Schulen

Digitale Inhalte entdecken!

Dieses Zeitbild WISSEN bietet Ihnen zusätzlich digitale Inhalte über Augmented Reality (AR). Auf allen Seiten, auf denen Sie das AR-Symbol finden, sind digitale Inhalte (Videos, Webseiten, Links etc.) hinterlegt, die Sie mit Ihrem Smartphone, Tablet sowie mit dem Smartboard entdecken können.

1. Gratis-App „Xtend“ für iOS und Android herunterladen!
2. Scannen! Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion Scannen und halten Sie die Kamera auf die mit dem AR-Symbol markierte Seite.
3. Entdecken! Videos, Interviews und vieles mehr ...

App zur Nutzung von Augmented Reality



Symbol für digitale Inhalte über Augmented Reality



Sie können dieses Zeitbild WISSEN kostenlos hier als PDF herunterladen: www.zeitbild.de/17Juni1953
Oder bestellen Sie weitere Exemplare unter bestellung@zeitbild.de.



Liebe Lehrerinnen, liebe Lehrer,

der 17. Juni 1953 ist bis heute ein bedeutendes Symbol für Demokratie und das bewusste Eintreten für Freiheitsrechte und gegen diktatorische Unterdrückung in Deutschland. Heute wissen junge Menschen in ganz Deutschland jedoch wenig über die deutsche Teilung und noch weniger über den gescheiterten Volksaufstand.

Dabei war der Volksaufstand am 17. Juni 1953 Teil einer ganzen Reihe von Aufständen der Bevölkerung in mehreren Ländern im sowjetischen Einflussbereich. Diese waren auch ein Vorlauf für die Friedlichen Revolutionen 1989 und 1990, welche die kommunistischen Diktaturen von innen stürzten und die Teilung Europas beendeten.

Die Demonstrantinnen und Demonstranten des 17. Juni proklamierten nicht nur bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Von Beginn an ging es auch um freie Wahlen, Bürgerrechte und die Vereinigung des geteilten Deutschlands. Der Volksaufstand in der DDR scheiterte nur deshalb, weil die Sowjetunion ihr Imperium mit Panzern sicherte und die SED-Diktatur hart durchgriff. Mit 36 Jahren Verspätung erfüllten sich mit der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands die Forderungen der Demonstrierenden von 1953.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie ermuntern, mit diesem Zeitbild WISSEN ein Unterrichtsprojekt mit Ihren Schülerinnen und Schülern zu initiieren. 2024 feiern wir das 35. Jubiläum der Friedlichen Revolution. Das Grundgesetz, das sich seit 1990 auch als Verfassung des vereinten Deutschlands bewährt, wird im kommenden Jahr 75 Jahre alt. Diese wichtigen Daten kann man sehr gut mit dem 17. Juni 1953 in Bezug setzen. Im Unterricht kann dabei die zentrale Frage nach der heutigen und ganz persönlichen Bedeutung von Freiheit und Demokratie für junge Menschen stehen.

Sie, liebe Lehrerinnen und Lehrer, sind für die jungen Menschen, die Sie unterrichten, ein wesentlicher Einfluss auf die Herausbildung eines individuellen Geschichtsbewusstseins und der Vermittlung von demokratischen Werten. Ich danke Ihnen deshalb auch für Ihre Arbeit als Einsatz für die Demokratie.

Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen in Ihrem Unterricht!

Carsten Schneider MdB,
Staatsminister und Ostbeauftragter der Bundesregierung

Der Weg in



Berlin, 17. Juni 1953



Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR gilt als Meilenstein in der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur in Deutschland. Der damals noch blutig niedergeschlagene Volksaufstand startete in Berlin und breitete sich schnell überall in der DDR aus. Von heute aus gesehen war es der Vorlauf für spätere Aufstände gegen kommunistische Diktaturen in Osteuropa wie in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen, die alle durch sowjetische Interventionen niedergeschlagen wurden. Die Forderungen des Volksaufstands am 17. Juni nach Freiheit und Demokratie erfüllten sich letztlich durch die Friedliche Revolution 1989 für die DDR – und anschließend auch für die Staaten Mittel- und Osteuropas.

DDR: Der 17. Juni 1953

Rund eine Million Menschen protestieren am 17. Juni 1953 und den folgenden Tagen in Ost-Berlin und in vielen Orten der DDR weitgehend friedlich gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Hintergrund sind wachsende soziale Probleme, Bevormundung und Repression in der DDR. Die Massendemonstrationen überfordern die SED-Führung, worauf die Sowjetunion auf den landesweit entstandenen Volksaufstand reagiert: Erst wird der Ausnahmezustand verhängt, dann rollen sowjetische Panzer durch die Städte. Die sowjetischen Truppen sowie die DDR-Volkspolizei und der Staatssicherheitsdienst greifen hart durch. Es sterben mindestens 50 Menschen, Tausende werden verhaftet und zum Teil zu mehrjährigen Strafen verurteilt. Der Volksaufstand ist einer der Gründe, die die SED-Diktatur dazu bewegen, die Staatssicherheit massiv aufzustocken und 1961 die Berliner Mauer zu bauen.

Ungarn: 23. Oktober 1956

Zehntausende fordern im Oktober 1956 demokratische Freiheiten und die Unabhängigkeit Ungarns. In der Folge des Volksaufstands bildet der populäre Reformkommunist Imre Nagy eine neue Regierung, führt ein Mehrparteiensystem ein und kündigt freie Wahlen an. Ungarn tritt aus dem Warschauer Pakt aus und erklärt seine Neutralität. Die Sowjetunion schickt daraufhin Truppen und schlägt den Volksaufstand im November 1956 blutig nieder – es sterben mindestens 2.700 Menschen.

die Freiheit



Prag, 21. August 1968



Berlin, Silvester 1989

Prag: 21. August 1968

Die Tschechoslowakei verfolgt Ende der 1960er-Jahre innerhalb des Warschauer Pakts Reformversuche, die unter dem Begriff „Prager Frühling“ bekannt sind. Dem Reformkommunisten Alexander Dubcek schwebt ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ vor. Die Sowjetunion sieht in den neu gewährten Freiheiten aber eine Gefahr für die Einheitlichkeit des Ostblocks. In der Folge rücken Truppen mit rund 400.000 Soldaten der Warschauer-Pakt-Staaten Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn und Polen in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (CSSR) ein und beenden die Reformbestrebungen blutig – es sterben mindestens 100 Menschen.

Polen: Das Jahr 1980

Die erste unabhängige Gewerkschaft im Ostblock ist „Solidarność“. Sie geht im Sommer 1980 aus einer großen Streikbewegung in Polen hervor. Unter ihrem Vorsitzenden Lech Wałęsa wird mit der kommunistischen Regierung in Polen erstmals in einem Ostblock-Staat die Anerkennung von Gewerkschaften, Streikrecht und Zugang zu Massenmedien vereinbart. Aber nach 15 Monaten drängt die Sowjetunion auf die Verhängung des Kriegsrechts. Daraufhin werden in Polen viele Oppositionelle inhaftiert. Später trägt die „Solidarność“ maßgeblich zur Revolution und den demokratischen Reformen in Polen bis in die 1990er-Jahre bei.

DDR: Herbst 1989

Seit 1961 teilt die Mauer Deutschland. So sichert die DDR ihre Existenz, die Bevölkerung wird bespitzelt, unterdrückt und hinter der Mauer eingesperrt. Für 28 Jahre spaltet die Mauer die Welt in eine östliche und eine westliche Hemisphäre. Im Herbst 1989 gehen Hunderttausende Menschen in der DDR auf die Straße, um gegen die Regierung und für ihre Rechte zu protestieren. Es kommt zur sogenannten Friedlichen Revolution. Diesmal schützt die Sowjetunion ihren Satellitenstaat DDR nicht. Am 9. November 1989 fällt die Mauer. 1990 wird Deutschland wiedervereinigt. Die ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts erlangen in den 1990er-Jahren in Mittel- und Osteuropa Freiheit und Demokratie.

Globaler Kampf um die Freiheit

2014: Euromaidan

Im Winter 2013/2014 kommt es zu Massenprotesten in der Ukraine, als der damalige russlandorientierte Präsident Janukowytsch das EU-Assoziationsabkommen nicht unterschreibt. Es sind die größten zivilgesellschaftlichen Massenproteste in Europa seit der Friedlichen Revolution von 1989 in Deutschland. Sie fordern über 100 Todesopfer, erzwingen aber freie Wahlen und einen Regierungswechsel. Während der Endphase des Euromaidan beginnt Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine, die im Februar 2022 in den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mündet, um seine imperialistischen Ziele gegen die Bevölkerung durchzusetzen.

Massenproteste in Kiew, 2014

Jugendliche erfahren heute täglich über Medien oder persönliche Verbindungen in andere Länder, dass weltweit der Kampf für Freiheit und demokratische Selbstbestimmung immer wieder ein Anlass für Proteste, Aufstände und Revolutionen ist. Menschen in vielen Ländern riskieren dabei ihr Leben und das ihrer Familien und Freunde, um gegen politische Willkür und Unterdrückung zu protestieren. Die verschiedenen Freiheitsbestrebungen weltweit haben seit dem Jahr 2010 ein verbindendes Element: Sie werden insbesondere durch die sozialen Netzwerke über das Internet verstärkt.

Ab 2010: Arabischer Frühling

Erstmals gibt es in Tunesien im Dezember 2010 Massenproteste, ausgelöst durch die Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers aufgrund von Polizeiwillkür. Innerhalb von wenigen Monaten greifen die Aufstände auf insgesamt 17 Staaten des Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrikas über. Alle Proteste fordern mehr Freiheit und Bürgerrechte und richten sich gegen die jahrzehntelange Korruption und die oftmals harte Polizeigewalt der autoritären Regierungen. In allen arabischen Ländern, zuletzt in Tunesien, ist der Arabische Frühling inzwischen gescheitert.

2019/2020: Hongkong

Tausende Menschen protestieren von Herbst 2019 bis Sommer 2020 gegen die pekingnahe Regierung, weil diese Auslieferungen von Häftlingen an das chinesische Festland ermöglichen möchte. Es geht darum, dass die Bevölkerung Hongkongs, das erst seit 1997 zu China gehört, ihre Freiheiten gegenüber Festland-China verteidigen will. Die Massenproteste sind die umfangreichsten seit der Demokratiebewegung in China, die am 4. Juni 1989 in Peking blutig niedergeschlagen wurde (Tian'anmen-Massaker). Die Forderungen in Hongkong nach mehr Bürgerrechten, freien Wahlen und Unabhängigkeit von Peking werden nicht erfüllt. Die Autonomie Hongkongs wird zunehmend autoritär kontrolliert und durch die Verfolgung Oppositioneller durch die chinesische Regierung untergraben.

2020: Belarus

Die umstrittene Wiederwahl durch Wahlmanipulation durch den belarussischen Präsidenten Lukaschenko löst im August 2020 eine große Protestbewegung aus. Das Regime reagiert mit äußerster Härte. Nachdem die Proteste gewaltsam niedergeschlagen werden, kommt es zu internationalen Sanktionen gegen Belarus. Unterstützung erhält Machthaber Lukaschenko bis heute von Russland – insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

2021: Myanmar

Im Februar 2021 putscht das Militär Myanmars gegen die demokratisch gewählte Regierung von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Unter ihr wurden zuvor nach jahrzehntelanger Militärdiktatur demokratische Reformen eingeführt. Nach dem Putsch eskaliert die Gewalt gegen die Demonstranten, es kommt zu Tausenden von Verhaftungen und Hunderten von Todesopfern. Bis heute unterdrückt das Militär jeglichen Widerstand der Bevölkerung mit Gewalt.

2022: Iran

Im September 2022 formieren sich landesweite Proteste gegen die autoritäre Regierung. Insbesondere Iranerinnen und die junge Generation insgesamt gehen für ihre Freiheit auf die Straße. Auslöser ist der Tod der jungen Iranerin Jina Amini, die von der sogenannten islamischen Sittenpolizei getötet wurde, weil sie ihr Haar nicht verhüllt hatte. Trotz maximaler Gewalt des Staates gegen die Bevölkerung gehen deren Proteste weiter. Bis heute sind im Iran politische Verfolgungen, willkürliche Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen sogar Minderjähriger an der Tagesordnung.

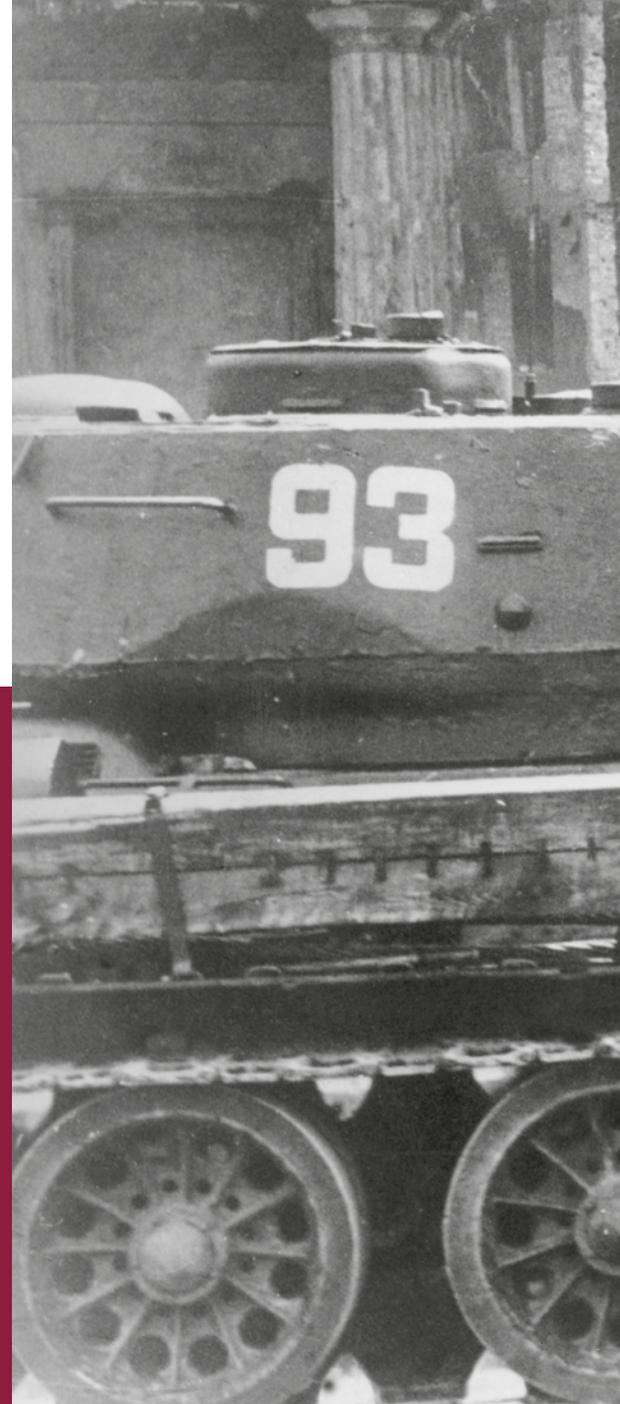
Das sagt der Duden ...

WAS IST FREIHEIT? „Zustand, in dem jemand von bestimmten persönlichen oder gesellschaftlichen, als Zwang oder Last empfundenen Bindungen oder Verpflichtungen frei ist und sich in seinen Entscheidungen o. Ä. nicht (mehr) eingeschränkt fühlt.“

WAS IST DEMOKRATIE? „Politisches Prinzip, nach dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhat. Ein Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben.“



17. Juni 1953



Es ist der 17. Juni 1953, ein Mittwoch. In Ost-Berlin ist die Hölle los, demonstrierende Menschen ziehen in Richtung Regierungsviertel. Schon bald rollen sowjetische Panzer und Schüsse hallen durch die Straßen. Die Menschen laufen in Panik auseinander. Aber nicht nur in Ost-Berlin demonstrieren und streiken die Menschen. In den Tagen nach dem 17. Juni protestieren Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern in der ganzen DDR gegen das Unrechtsregime.

Mehr als 50 Menschen bezahlen ihren Freiheitswillen mit dem Leben. Hinrichtungskommandos vollziehen erste Todesurteile, auch an sowjetischen Soldaten, die sich geweigert haben, unbewaffnete Zivilisten zu erschießen. Tausende von Menschen werden verhaftet. In Schauprozessen werden angebliche Rädelführer zu vieljährigen Haftstrafen verurteilt.

Die Stalinallee

1953 gilt die prunkvolle Stalinallee mit ihren Musterbauten im sowjetischen Stil in Ost-Berlin (heute heißt sie Karl-Marx-Allee) als Aushängeschild der Hauptstadt der DDR. Hier entstehen 1953 besonders repräsentative Wohngebäude, im Volksmund als „Arbeiterpaläste“ bezeichnet. Sie sollen dem kapitalistischen Westen zeigen, wie gut es den Arbeiterinnen und Arbeitern im „Arbeiter- und Bauernstaat“ geht. Genau auf dieser für das Regime so bedeutsamen Baustelle empören sich die Arbeiter schon am 16. Juni 1953.

Volksaufstand überall in der DDR

Im Laufe des 17. Juni verbreiten sich die Nachrichten aus Berlin im gesamten Land; Streiks und Demonstrationen greifen auf die ganze DDR über. Es entlädt sich die jahrelang aufgestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung. In vielen Orten werden Gefängnisse gestürmt und politische Gefangene befreit. Auch viele Einrichtungen der Staatspartei SED und sogar der Staatssicherheit werden gestürmt.

Die Forderungen

Am Morgen des 17. Juni strömen Demonstrationen aus ganz Ost-Berlin ins Zentrum der Stadt. Forderungen werden laut:

- Rücktritt der Regierung
- freie und geheime Wahlen
- Zulassung aller demokratischen Parteien
- Freilassung der politischen Gefangenen
- Wiedervereinigung Deutschlands



Die ersten Schüsse fallen

Die Volkspolizei der DDR und Einheiten der sowjetischen Besatzungsmacht versuchen zunächst vergebens, die Menge zu zerstreuen. Das Regierungsviertel ist von sowjetischen Panzern und Infanteristen abgeriegelt. Gegen Mittag fallen die ersten Schüsse und fordern Opfer unter den Demonstrantinnen und Demonstranten. Der gesamte Straßen-, U-Bahn- und S-Bahnverkehr kommt zum Erliegen. Der Ausgang des Volksaufstands ist offen: Etliche Volkspolizisten werfen ihre Waffen weg und schließen sich den Demonstrierenden an. Um 13.30 Uhr verkündet der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Ost-Berlin steht damit unter Militärgerichtsbarkeit.

Sowjetischer Panzer in Berlin, 1953

DDR-Faktencheck

Anspruch	Wirklichkeit
demokratisch	Scheinwahlen, Einheitslisten, Unterdrückung von Meinungsfreiheit
Republik	Diktatur der SED
Friedensstaat	Mauerbau 1961, Verfolgung politischer Gegner, Aufbau der Staatssicherheit als Unterdrückungsapparat, Teil des sowjetischen Imperiums als abhängiger Satellitenstaat
antifaschistisch	einseitige und propagandistisch begleitete Aufarbeitung des Nationalsozialismus
politisch, moralisch und wirtschaftlich Westdeutschland überlegen	politische, gesellschaftliche und ökonomische Steuerung des Lebens der DDR-Bevölkerung durch die Regierung, ineffiziente Planwirtschaft mit weit schlechterer Versorgung als in Westdeutschland, Möglichkeiten individuellen Wohlstands durch Leistung gering, Lebenschancen abhängig von linientreuem Verhalten gegenüber Partei



Wie kam es zum Volksaufstand?

Im Juli 1952 beschließt die SED-Spitze, dass „der Sozialismus planmäßig aufgebaut“ werden soll. Im Laufe des Jahres wird mit der Umsetzung begonnen: mit Enteignungen, Kollektivierung der Landwirtschaft, Militarisierung und „Säuberungen“ von „feindlichen Elementen“ zieht die DDR-Regierung in den „Klassenkampf“. Privates Unternehmertum wird immer weiter unterdrückt und die Planwirtschaft vorangetrieben. Daraus folgt eine wirtschaftliche Krise. Die ohnehin schlechte Versorgungslage in der DDR wird noch schlechter. Gleichzeitig sollen die Menschen noch mehr arbeiten. Es wird für jeden sichtbar, dass das System nicht funktioniert.

Die Lage spitzt sich zu

Bereits im Oktober 1952 kommt es zu ersten Versorgungslücken, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst. Die Regierung findet keine Lösung, sondern benennt immer denselben Schuldigen: der Feind im Westen und dessen Spione, Saboteure und Sympathisanten im eigenen Land.

Normerhöhungen als Auslöser

Auf den Großbaustellen am Krankenhausneubau in Berlin-Friedrichshain und in der Stalinallee kommt es am 16. Juni 1953 erst zu Protesten und anschließend zum Streik. Gemeinsam senden die Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter ein Protestschreiben an die Regierung und fordern die Rücknahme der Normerhöhungen (die zu leistende Arbeit in einem bestimmten Zeitraum). Zunächst erscheinen Abgesandte der SED, um die Proteste zu beruhigen. Sie werden jedoch abgewiesen, da die Arbeiterinnen und Arbeiter beschließen, in einer größeren Gruppe zum Regierungssitz zu marschieren, in der Erwartung, dort eine Antwort auf ihre Forderungen zu bekommen.

Aufruf zum Streik

Gegen 9.00 Uhr morgens am 16. Juni startet eine Gruppe von etwa 80 Männern von der Baustelle an der Stalinallee. Kurze Zeit später treffen sie auf weitere Demonstrationen, auch Passantinnen und Passanten schließen sich den Demonstrierenden an. Als diese am Haus der Ministerien ankommt, ist die Menge bereits auf mehrere Tausend Menschen angewachsen. Es werden Rufe nach Demokratie und freien Wahlen laut und nach dem Rücktritt der Regierung. Die DDR-Regierung verkündet daraufhin im Rundfunk, dass die Normerhöhung zurückgezogen werde. Doch es ist zu spät. Immer mehr wird klar, dass die Regierung unfähig ist, die von ihr selbst geschaffenen Probleme zu lösen. Die Regierung soll abtreten, die Menschen wollen Freiheit und Bürgerrechte. Die Demonstrierenden bleiben auf der Straße und beharren auf ihren Forderungen. Von einem Lautsprecherwagen aus wird zum Streik aufgerufen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter Berlins sollen sich am 17. Juni versammeln. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Streikparole in ganz Berlin. Für die Streikaufrufe ist das West-Radio die mobilisierende Instanz. Der Volksaufstand greift auf das gesamte Land über.





Stahlarbeiter in Hennigsdorf bei Berlin, 17. Juni 1953

Am Vortag des Volksaufstands

Die DDR ist 1953 in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Lebensstandard verschlechtert sich zusehends. Anfang Juni ordnet die Regierung an, dass mehr gearbeitet werden soll, ohne zusätzlichen Lohnausgleich. Davor waren bereits Preiserhöhungen für wichtige Lebensmittel erlassen worden. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitenden auch auf den prestigeträchtigen Baustellen an der Stalinallee wächst enorm an. Gleichzeitig ist die DDR-Führung verunsichert durch den vorangegangenen Tod der Führungsfigur, des sowjetischen Machthabers Stalin. Die Richtungsvorgaben aus Moskau sind unklar.



Auch Volksaufstand der Frauen

Am Volksaufstand des 17. Juni 1953 beteiligen sich viele Frauen, sie nehmen an Demonstrationen teil und halten Reden. Ein eindrückliches Beispiel für die Beteiligung von Frauen am Volksaufstand sind die Ereignisse rund um das Kunstfaser-Werk in Premnitz/Brandenburg. Hier streiken die zahlreich beschäftigten Frauen, trotz Bedrohung, erfolgreich bis zum 19. Juli und erreichen, dass die erhöhten Arbeitsnormen vor Ort wieder zurückgenommen werden. In der gesamten DDR werden beim Volksaufstand Frauen verletzt oder getötet. Lange Zeit diffamiert das DDR-Regime sie als asozial, als Prostituierte oder als vom Westen instrumentalisierte Faschistinnen.

Viele Jugendliche beteiligen sich am Volksaufstand, da auch sie von dem sogenannten Aufbau des Sozialismus und der damit einhergehenden Militarisierung betroffen sind: Jugendliche und junge Erwachsene müssen

- einen „freiwilligen“ Arbeitsdienst ableisten,
- Wehrübungen in Schule und Berufsausbildung durchführen,
- sich, wenn sie als Abiturienten studieren wollen, für einen längeren Wehrdienst als Unteroffiziere verpflichten,
- im Rahmen der Jugendweihe ein persönliches Bekenntnis zur sozialistischen Weltanschauung und zum Staat der DDR ablegen.

Gleichzeitig beginnt gegen die Kirche eine Verfolgungskampagne: Die Junge Gemeinde wird als „Agentenzentrale des Westens“ diffamiert und junge Christen werden von Oberschulen und Universitäten ausgeschlossen.

Beteiligte Jugend

Einer von 50.000 in Bitterfeld: der 15-jährige Klaus Staeck

Bitterfeld wird am 17. Juni zu einer der wichtigen Städte des Volksaufstands. Im Laufe des Tages versammeln sich etwa 30.000 bis 50.000 Menschen – mehr als Bitterfeld Einwohner zählt. Viele der Demonstrierenden kommen aus den großen Betrieben der Umgebung.

Der 15-jährige Oberschüler Klaus Staeck – später ein bekannter Grafiker in der Bundesrepublik und Präsident der Akademie der Künste in Berlin – verbringt den Vormittag des 17. Juni in der Schule.

Er berichtet: „Irgendjemand sagte plötzlich: Draußen wird gestreikt. Da wollte natürlich keiner mehr in der Schule bleiben. Der Lehrer weigerte sich, uns rauszulassen. Wir hatten aber einen Klassenraum, der so lag, dass man problemlos aus dem Fenster steigen konnte. Fast die ganze Klasse ist auf die Straße gesprungen. Dort war schon eine Riesenkundgebung im Gange.“*

Für den Oberschüler Klaus Staeck geht spätestens mit diesem Tag jede Illusion über die DDR verloren. Die Niederschlagung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 bekräftigt seinen Entschluss, in den Westen zu gehen. Ein Staat, der sich nur mit blanker Gewalt gegen seine Bürgerinnen und Bürger an der Macht halten kann, ist für ihn weder zu diesem Zeitpunkt noch irgendwann später eine Alternative zur demokratischen Verfassung der Bundesrepublik. Klaus Staeck macht noch das Abitur in Bitterfeld und fährt 1956 mit einem Zug ohne Rückfahrkarte nach West-Berlin, um dort sein Studium zu beginnen.

*Zitiert nach: www.jugendopposition.de/themen/145306/volksaufstand
(Text gekürzt)

Das Foto zeigt Frauen und Männer in Halle an der Saale am 17. Juni 1953. Für die Aufnahmen wurde der Kameramann Albert Ammer verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

gung von llichen und Frauen

Strafverfolgung und Propaganda

Viele Strafverfahren

Schon in der Nacht nach dem Volksaufstand – vom 17. auf den 18. Juni – beginnen Sicherheitskräfte der DDR mit Hausdurchsuchungen und nehmen vermeintliche Führungspersonen des Volksaufstands fest. Bis Anfang Juli 1953 sind es mehrere Tausend Menschen, die festgenommen werden. Die ostdeutschen Sicherheitskräfte und die sowjetischen Besatzungstruppen arbeiten dabei Hand in Hand. Zeitnah führen Gerichte der DDR sowie sowjetische Militärtribunale Prozesse gegen die Verhafteten durch. Sowjetische Militärtribunale verhängen fünf Todesurteile und verurteilen weitere Angeklagte zu langjähriger Zwangsarbeit in sowjetischen Straflagern (die genaue Zahl der Verurteilungen ist unbekannt). Auch Gerichte der DDR erlassen langjährige Haftstrafen gegen Protestierende.



ungen nda

Nur mithilfe sowjetischer Panzer und Soldaten gelingt es der DDR-Führung, den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 niederzuschlagen. Es fehlen bis heute genauere Zahlen, es wird aber davon ausgegangen, dass mindestens 50 Menschen beim Aufstandsgeschehen ums Leben gekommen sind: Sie wurden von sowjetischen Soldaten oder der Volkspolizei auf den Demonstrationen erschossen, von Panzern überrollt oder von Standgerichten exekutiert. Auch sowjetische Soldaten wurden exekutiert, wenn sie sich weigerten, auf unbewaffnete Zivilisten zu schießen.

Kein Staat der Arbeiter und Arbeiterinnen

Der Volksaufstand verunsichert die SED und ihren Machtapparat, da gerade die Arbeiterinnen und Arbeiter sich gegen den „Arbeiterstaat“ wenden. Um das Bild vom Widerstand so schnell wie möglich aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, wird die Legende erfunden, dass es sich um einen vom Westen initiierten „faschistischen Putschversuch“ handelt. Dabei gibt die Staatssicherheit in Dokumenten zu, dass der Westen keine Rolle spielt. Zur Unterstützung der Propaganda werden zahlreiche Maßnahmen ergriffen: Politische Gegner werden damals (wie heute) als vom Ausland gesteuerte „Faschisten“ oder „Nazis“ denunziert und Fake News untermauern die Lügen des Systems.

Flucht in den Westen

Der Volksaufstand lässt jeden in der DDR erkennen, dass das SED-Regime nur mithilfe von Unterdrückung aufrechterhalten wird. Die Angst der SED vor einer Wiederholung des 17. Juni 1953 besteht jahrzehntelang – bis in die letzten Stunden der Friedlichen Revolution 1989. Deshalb entsteht schon kurz nach dem Volksaufstand 1953 ein dichtes Netz der Überwachung und Bespitzelung durch die Staatssicherheit der DDR. Nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 und den darauf folgenden Maßnahmen fliehen Hunderttausende aus der DDR in den Westen. Dies unterbindet das SED-Regime am 13. August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer.

Schon gewusst?

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 überrascht auch die Westalliierten. Insbesondere Großbritannien und Frankreich hatten im Vorfeld auf eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses gehofft. In diesem Sinne verurteilt z. B. der britische Premierminister Winston Churchill zwar die Niederschlagung des Volksaufstandes, darüber hinaus sieht er jedoch keinen Handlungsbedarf. Der Westen will keinen Weltkrieg riskieren.



Günter Engel wegen Beteiligung am Volksaufstand vor Gericht, 27. Juni 1953, Ost-Berlin

Die Friedliche Revolution

Ende der 1980er-Jahre – und damit Jahrzehnte nach dem Volksaufstand und dem Bau der Mauer – spitzt sich die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung mit dem SED-Regime nach jahrelanger wirtschaftlicher Talfahrt erneut zu. Die Bevölkerung sieht seit Jahren im Alltag, dass das Regime in seiner eigenen Realität lebt und die wirklichen Probleme des Staates nicht lösen kann. Am 7. Mai 1989 finden Kommunalwahlen statt. Unabhängige Bürgerinnen und Bürger überwachen die Wahl. Sie können Wahlbetrug durch Manipulation der Ergebnisse nachweisen. Das ist für die Bürgerrechtsbewegung das Signal zum Aufbruch. Unterstützt wird sie von den Kirchen, die bereits in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren Umwelt- und Friedensgruppen Schutz und Raum für Diskussionen bieten. Auch in anderen Ländern des Ostblocks gärt es erneut. Als am 11. September 1989 Ungarn die Grenze zu Österreich öffnet, flüchten Zehntausende Menschen aus dem Osten in den Westen Deutschlands.



Demonstration Berlin Alexanderplatz, 4. November 1989

Proteste wachsen

Gleichzeitig nehmen immer mehr Menschen an Friedensgebeten in Kirchen und den anschließenden Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen Städten teil. Zunächst versucht das Regime, die Proteste zu unterbinden; es kommt zu massenhaften Festnahmen. Als am 9. Oktober 1989 in Leipzig 70.000 Menschen auf die Straße gehen, sind Polizei und Staatssicherheit jedoch machtlos. Die Aufbruchstimmung in der Bevölkerung ist groß und wird beflügelt durch die Entwicklung in den anderen Staaten des Warschauer Pakts, wie der Grenzöffnung Ungarns, der Reformpolitik des sowjetischen Machthabers Gorbatschow und der freien Gewerkschaft Solidarność in Polen. Aufgrund der Proteste tritt am 18. Oktober der SED-Generalsekretär Erich Honecker zurück. Dennoch steigt der Protest aufgrund der sozialistischen Misswirtschaft, staatlichen Bevormundung und Bespitzelung. Am 4. November demonstrieren Hunderttausende am Berliner Alexanderplatz. Vier Tage später treten die Regierung der DDR und das SED-Politbüro zurück.

Zur Einordnung:

1989 verdeutlicht der sowjetische Machthaber Gorbatschow der SED, dass die Sowjetunion nicht wie 1953 eingreifen werde und dass die SED hinter ihrem eigenen kommunistischen Reformanspruch zurückgeblieben sei. Ohne die politische und wirtschaftliche Rückendeckung aus Moskau hat die DDR-Führung keine Chance.



Die Mauer fällt

Am 9. November 1989 ist die über 28 Jahre dauernde Trennung von Ost- und Westdeutschland zu Ende. Als der Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz unverzügliche Reiseerleichterungen „ab sofort“ verkündet, stürmen noch am selben Abend Tausende an die Berliner Grenzübergänge und verlangen den Grenzübertritt Richtung West-Berlin. Spät am Abend des 9. November 1989 wird die Grenze an der Bornholmer Brücke im Berliner Stadtteil Pankow von Grenzzoffizieren vor Ort als erste geöffnet. Damit fällt die Mauer, ohne dass ein Schuss abgegeben wird. In den folgenden Tagen und Wochen erfreuen sich Millionen Ostdeutsche an der Freiheit. Die Friedliche Revolution hat den Fall der Mauer bewirkt und die damit einhergehende Demokratisierung des ehemaligen Ostblocks ermöglicht. Wie 1953 stehen die Ereignisse in Berlin am Beginn der Entwicklung.

Menschen aus Ost und West auf der Berliner Mauer, November 1989

Der 17. Juni 1953 ist bis heute ein eindrückliches Ereignis und zeigt, wie mutig große Teile der Bevölkerung sich für Demokratie und Freiheit in Ostdeutschland eingesetzt haben. Weil die Sowjetunion das DDR-Regime stützte, hatten die Menschen jedoch keine Chance. Erfolgreich war erst die Friedliche Revolution 1989, Freiheit und Demokratie in der DDR zu erringen.

Deutsche und Euro

„Wir sind ein Volk“

Aus der Parole der Friedlichen Revolution „Wir sind das Volk“ wird vor allem im Osten mit dem Ruf „Wir sind ein Volk“ eine unverzügliche Wiedervereinigung Deutschlands gefordert. Bereits zweieinhalb Wochen nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 präsentiert Bundeskanzler Helmut Kohl ein „Zehn-Punkte-Programm“, in dem die Einheit Deutschlands in einem geeinten Europa in Aussicht gestellt wird. Am 18. März 1990 finden erstmals in der Geschichte der DDR freie Wahlen statt. Entsprechend groß ist die Wahlbeteiligung mit 93 Prozent. Die ostdeutsche CDU geht als stärkste Partei hervor, stellt mit Lothar de Maizière den Ministerpräsidenten und bildet eine Koalition aus Allianz für Deutschland, SPD und Liberalen. In kurzer Zeit werden in gemeinsamer Zusammenarbeit der Parlamente auf beiden Seiten wichtige Verfassungsänderungen beschlossen.



3. Oktober - Tag der Deutschen Einheit

Mit der Einführung großer Teile der westdeutschen Wirtschafts- und Rechtsordnung und dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 wird die D-Mark alleiniges Zahlungsmittel. In einer nächtlichen Sondersitzung am 23. August 1990 beschließt die Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung zum 3. Oktober 1990. Der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird am 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterzeichnet und am 20. September von beiden Parlamenten mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Die 1952 von der SED abgeschafften Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie Thüringen sind seit dem 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland. Seitdem wird an diesem Datum jedes Jahr der Tag der Deutschen Einheit gefeiert.

e Einheit pa



Aufbruch in Mittel- und Osteuropa

Nach dem Mauerfall in Deutschland greift die Friedliche Revolution auf weitere Länder Mittel- und Osteuropas über. Schließlich können sich auch die damalige Tschechoslowakei, gefolgt von Bulgarien und Rumänien, von ihren kommunistischen Diktaturen befreien. Die baltischen Staaten – Litauen, Lettland und Estland – verlassen die Sowjetunion und werden eigenständige Staaten.

Ein friedliches, vereintes Europa

Heute bilden Westeuropa und mehrere Länder des ehemaligen Ostblocks durch ihren Beitritt zur 1993 gegründeten Europäischen Union eine politische Einheit: In der ersten EU-Osterweiterung 2004 werden die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien sowie Malta und die Republik Zypern Teil des europäischen Bündnisses. Im Jahr 2007 folgen Rumänien und Bulgarien und 2013 Kroatien. Die Bevölkerung der Ukraine erzwingt 2014 freie Wahlen und erhält eine neue Regierung. Bis auf Belarus sind damit alle Staaten Europas demokratisch und frei. Seit Februar 2022 wird die friedliche und demokratische Ordnung Europas jedoch durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine – zunächst getarnt – erstmals nach Jahrzehnten wieder angegriffen.



Einheitsfeier vor dem Reichstag in Berlin, am 3. Oktober 1990



Angebote für Schulen

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 sind nicht nur Geschichte – sie sind offizielle Gedenktage und bieten eine passende Gelegenheit für Schulen im Unterricht oder im Rahmen von Projekttagen die Themen Teilung und Einheit, Freiheit und Unterdrückung, Demokratie und Diktatur zu reflektieren. Auch anlässlich der 75. Jubiläumsfeierlichkeiten des Grundgesetzes im Jahr 2024 können die nachfolgenden Angebote eine passende Auseinandersetzung im Unterricht unterstützen.

Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“

Jugendliche sind dazu aufgerufen, sich in kreativen Beiträgen mit der Zeit seit der Friedlichen Revolution und der deutschen Einheit zu beschäftigen. Der bundesweite Jugendwettbewerb der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland startet am 1. September 2023.

www.umbruchszeiten.de

Poster-Ausstellung „17. Juni kompakt“

Schulen können mithilfe der sechs Plakate (A1 als Posterdruck) der Ausstellung „17. Juni kompakt“ leicht und unkompliziert ein Stück Geschichte behandeln. Didaktisches Begleitmaterial unterstützt die Einbindung im Unterricht. Gegen eine Versandgebühr von 5,00 Euro ist die Ausstellung bei der Bundesstiftung Aufarbeitung bestellbar:

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/vermitteln/ausstellungen/17-juni-kompakt

www.17juni53.de

Die Website bietet für Lehrkräfte und Jugendliche eine Chronik der Ereignisse, eine multimediale Karte sowie kurze Forschungsüberblicke, Zeitzeugenberichte, Bilder, O-Töne, Gedenkansprachen und Stellungnahmen.

Jugendopposition.de

Die Website bietet einen Einblick in die jugendliche Oppositionskultur in der DDR. Im Themenschwerpunkt wird der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in verschiedenen Städten geschildert; dazu werden auch Zeitzeugeninterviews als Bericht und Video präsentiert.

Zeitzeugenbüro

Das Portal ermöglicht eine interaktive Personenrecherche von Zeitzeugen zu verschiedenen Schwerpunkten der DDR-Geschichte wie dem 17. Juni 1953, mit denen Unterricht, Exkursionen oder Projekttag gemeinsam gestaltet werden können. Weitere Informationen unter www.zeitzeugenbuero.de

Impressum

Zeitbild Wissen „Der Weg in die Freiheit – Vom 17. Juni 1953 bis zur Friedlichen Revolution 1989“ • Gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur • Gesamtherstellung: Zeitbild Verlag und Agentur für Kommunikation GmbH, www.zeitbild.de • Verantwortlich für den Inhalt: Bernd Woischnik • Konzept, Redaktion und Text: Frederic Markus, Peter Wiedemann und Bettina Neumann • Bildnachweis: akg-images: S. 8; akg-images/AP: S. 18 links; Archiv Alexander K. Ammer: S. 12; Bundesregierung/Steffen Kugler: S. 3; Bundesstiftung Aufarbeitung/70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES: S. 11; 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundesstiftung Aufarbeitung, Eastblockworld: S. 14; Getty images/Brendan Hoffman: S. 6; picture alliance: Titel oben (Associated Press), unten (dpa/Wolfgang Kumm), 4 links, 4 rechts, 5 (dpa/Wolfgang Kumm), 16, 17 (Mathias Brauner), 18 rechts (dpa/Jörg Schmitt), 19 (dpa/epa/CTK Sterba) • Druck: DCM Druck Center, Meckenheim • Stand: September 2023 • Die enthaltenen Texte sind urheberrechtlich geschützt. Eine kommerzielle Nutzung ist nicht gestattet. Wir erklären mit Blick auf die genannten Internet-Links, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte der Seiten haben und uns die Inhalte nicht zu eigen machen.

www.zeitbild.de/17Juni1953